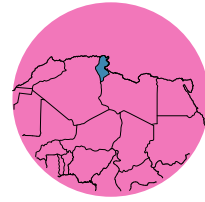


Die im Juli 2023 unterzeichnete Migrationspartnerschaft zwischen Tunesien und der EU folgt der Linie früherer Externalisierungsbemühungen. Wie wird Externalisierung in der Praxis umgesetzt. Welche Folgen hat sie für Migrant*innen, Geflüchtete und Partnerländer? Diese Themen erörtern **Brot für die Welt** und **Misereor** im

LÄNDERBERICHT: EU-MIGRATIONSPARTNERSCHAFTEN MIT DRITTSTAATEN

TUNESIEN Türsteher Europas?



01 Migration in Tunesien



Eine*r von zehn Tunesier*innen lebt im Ausland. Das Thema Auswanderung ist somit ein wichtiges Element der nationalen Identität und des wirtschaftlichen Wohlstands. Bis in die 1990er Jahre gingen viele Tunesier*innen im Rahmen von saisonalen zirkulären Migrationsprojekten nach Europa. Diese Situation änderte sich drastisch, als die europäischen Staaten Anfang der 1990er Jahre eine restriktive Visapolitik, Sanktionen für Beförderer und die Schengen-Abkommen einführten. Seitdem ist die irreguläre Einreise aus Tunesien ein weit verbreitetes Phänomen und die Zahl irregulärer Einreisen über das Mittelmeer ist nach dem Arabischen Frühling stark angestiegen.

Gleichzeitig ist Einwanderung ein fester Bestandteil der tunesischen Geschichte: Seit den 1960er Jahren wurden Arbeitskräfte und Student*innen aus Afrika angeworben und durch spezielle Abkommen geschützt. Für gering qualifizierte Arbeitskräfte, die in der tunesischen Wirtschaft gebraucht wurden, wurden Einreisebestimmungen gelockert. Man duldet weitgehend, dass sie ins Land kamen und ohne Genehmigung arbeiteten. Diese unsichere Rechtslage ermöglichte ihre Ausbeutung.

Asylangelegenheiten, wie etwa die Aufnahme von Geflüchteten, wurden nach dem Libyen-Krieg, als knapp eine Million Menschen aus Libyen nach Tunesien flohen, zu wichtigen politischen Themen. Da es immer schwieriger wurde, das Mittelmeer von der tunesischen Küste aus zu überqueren, wurde Tunesien unfreiwillig zu

einem Aufnahmeland für eine große Anzahl an Asylbewerber*innen und Geflüchteten. Tunesien ist außerdem ein wichtiges Transitland für Geflüchtete aus Westafrika und dem Horn von Afrika, die die Transsahara-Routen nutzen. 2022 waren rund 30 Prozent der Migrant*innen, die auf Booten in Italien ankamen von der tunesischen Küste aus gestartet.

Die jüngsten politischen und wirtschaftlichen Krisen haben Auswirkungen auf die Migrationsdynamik in Tunesien. Trotz der politischen Revolution und dem Ende der Diktatur von Ben Ali im Jahr 2011 leidet Tunesien weiterhin unter politischer Instabilität, regionalen Ungleichheiten und einer immer prekäreren sozioökonomischen Lage.

Migrationsgeschehen in Tunesien

- Einwohner*innen: 12.356.117***
- Im Ausland lebende Migrant*innen: 1.400.000** (10% der Bevölkerung)
- In Tunesien lebende Migrant*innen: 60.100 (0,49% der Bevölkerung)*
- Asylbewerber*innen aus Tunesien in der EU: 21.260***
- Geflüchtete und Asylbewerber*innen in Tunesien: 9.078****
- Geschätzte Rücküberweisungen: 2,1 Milliarden USD oder 4,5% of GDP***

*2020 **2021 ***2022 ****2023

Gegenwärtig liegt die offizielle Arbeitslosenquote bei 15% und die Inflationsrate ist hoch. Es fehlt an Gütern des Grundbedarfs. Darüber hinaus erlebt Tunesien einen autoritären Staatsumbau: Bürger*innen sind anhaltender Polizeigewalt ausgesetzt, das Recht auf freie Meinungsäußerung ist eingeschränkt und zivilgesellschaftliche Organisationen werden bedroht. Dies hat zum einen die Abwanderung der tunesischen Jugend beschleunigt. 2022 waren tunesische Staatsbürger*innen die am zweithäufigsten vertretene Personengruppe (18 381) unter denjenigen, die mit dem Boot in Italien ankamen. Zum anderen hat der autoritäre Kurs der tunesischen Regierung auch schwerwiegende Auswirkungen auf Migrant*innen und Geflüchtete innerhalb des Landes. Nach einer rassistischen Rede von Präsident Kais Saied im Februar 2023, die sich gegen Menschen aus Subsahara-Afrika richtete, waren Migrant*innen und Geflüchtete zunehmend Polizeigewalt und staatlicher Repression ausgesetzt. Dies macht Tunesien zu einem unsicheren Land für Menschen aus Subsahara-Afrika und verstärkt deren Wunsch, das Land zu verlassen.

Obwohl Migration ein wesentlicher Bestandteil der tunesischen Realität ist, war sie bis vor kurzem kein zentrales Thema der nationalen politischen Agenda. Unter dem zunehmenden Druck der Europäischen Union (EU) und ihrer Mitgliedstaaten in den frühen 2000er Jahren hat sich Tunesien strategisch dem „internationalen Kampf gegen irreguläre Migration“ angeschlossen

und einen sicherheitsorientierten Ansatz übernommen. Seit 2004 ist die irreguläre Weiterreise und der irreguläre Aufenthalt in Tunesien verboten und wird rechtlich sanktioniert. In der Praxis wurde das Gesetz jedoch nicht konsequent auf dem gesamten tunesischen Staatsgebiet angewandt.

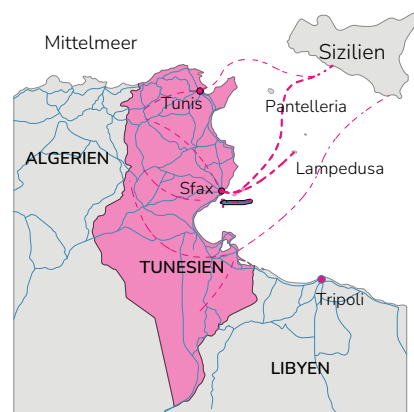
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es kein intrinsisches Interesse daran zu geben scheint, Migration zu regulieren, da Tunesien von Arbeitskräften und Geldsendungen profitiert. Dennoch nimmt die rassistische Anti-Migrationsrhetorik zu. Gleichzeitig beteiligt sich eine inzwischen aktive Zivilgesellschaft an den Debatten über die Aufnahme von Einwanderer*innen und stellt europäische Externalisierungsstrategien in Frage.

Seit der Revolution im Jahr 2011 arbeitet die neue tunesische Regierung an einer nationalen Migrationsstrategie (NMS). Im Rahmen dieser Strategie wird besonderer Wert auf die Annäherung an die tunesische Diaspora gelegt, indem man ihr politische und wirtschaftliche Rechte in Tunesien zusichert. Darüber hinaus soll sie einen Regulierungsrahmen für verschiedene Kategorien von Migrant*innen erstellen. In Anerkennung der Rolle Tunesiens als Zielland für Geflüchtete und Asylbewerber*innen wird in der NMS sogar das Vorhaben formuliert, eine Gesetzgebung zum Schutz der Rechte von Geflüchteten zu entwickeln. Die NMS wurde 2015 und 2017 überarbeitet – ihre Umsetzung steht jedoch noch aus.

02 Die migrationspolitischen Strategien der EU und Deutschlands in Tunesien

In der europäischen Politik wird Tunesien meist als Transit- und Herkunftsland wahrgenommen. Die derzeitigen politischen Ziele der EU im Hinblick auf die Umsetzung einer Migrationspartnerschaft mit Tunesien konzentrieren sich hauptsächlich auf die Verringerung von irregulären Einreisen und die Rückführung und Rückübernahme von Tunesier*innen und Drittstaatsangehörigen. Um die Zahl der Ausreisen von der tunesischen Küste aus zu verringern, ist die EU bestrebt, die tunesischen Grenzschutzkapazitäten, insbesondere das Such- und Rettungssystem, zu verbessern und in dieser Hinsicht eine offizielle Zusammenarbeit mit Frontex einzuleiten. Die EU strebt eine größere Akzeptanz Tunesiens von Rückführungs-Charterflügen aus EU-Mitgliedstaaten an, mit denen auch Drittstaatsangehörige rückgeführt werden

sollen, die über Tunesien nach Europa eingereist sind. Die EU hat außerdem Gespräche über mögliche Ausschiffungsplattformen auf tunesischem Hoheitsgebiet aufgenommen, in die auf See



Migration in und aus Tunesien

gerettete Migrant*innen zurückgebracht werden könnten. Außerdem soll Tunesien zu einem sicheren Drittland für Asylsuchende werden. Daher unterstützt die EU den Schutz von gefährdeten Drittstaatsangehörigen, indem sie in Zusammenarbeit mit der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) ein funktionierendes Asylsystem einrichtet. Die EU verpflichtet sich zudem, in Zukunft legale Migrationsmöglichkeiten zu schaffen.

Deutschland unterstützt diese Ziele aktiv, indem es Ausrüstung und Schulungen für den Grenzschutz sowie praktische

Rückkehr- und Reintegrationsberatung in Migrationsberatungszentren in mehreren tunesischen Städten bereitstellt. Deutschland fördert im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit auch legale Mobilitätsmöglichkeiten für hochqualifizierte Tunesier*innen. Außerdem vereinbarte Deutschland 2017 eine bilaterale Reformpartnerschaft mit Tunesien (im Rahmen der Initiative „Compact with Africa“). Das Entwicklungsministerium hat die Partnerschaft allerdings aufgrund des autoritären Führungsstils des neuen Präsidenten auf Eis gelegt.

03 EU-Migrationspartnerschaft mit Tunesien

Die EU und ihre Mitgliedstaaten finanzieren und implementieren konkrete Vorhaben, die sich in vier thematische Gruppen einteilen lassen:

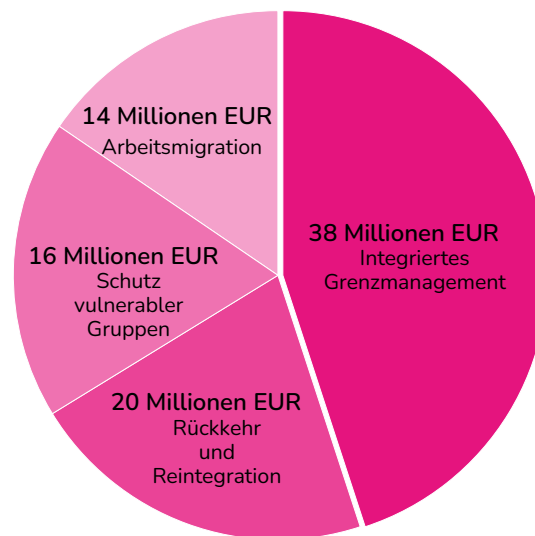
(1) Sicherheit und Grenzschutz, (2) Asyl und internationaler Schutz, (3) Rückführung und Rückübernahme und in geringerem Maße **(4) die Förderung legaler Migration**. In der im Juli 2023 von beiden Seiten unterzeichneten **Absichtserklärung (MoU)** wird an denselben Prioritäten festgehalten.

(1) Die Stärkung der Kapazitäten zur Sicherheits- und Grenzverwaltung mit dem Ziel, irreguläre Migration aus Tunesien einzudämmen, war in den letzten zehn Jahren eine der obersten Prioritäten bei der Finanzierung und Durchführung europäischer Projekte. Die wichtigsten Finanzinstrumente der EU, der Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) und das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI), das zwischen 2014 und 2020 eingesetzt wurde, stellen den Großteil der migrationsbezogenen Gelder für Grenzverwaltungs-Projekte.

Finanzierte Projekte, wie das Grenzverwaltungsprogramm für die Maghreb-Region (mit Geldern in Höhe von 34,5 Mio. EUR für Tunesien), das zwischen 2018 und 2020 vom International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) durchgeführt wurde, oder die Reform des Sicherheitssektors (mit Geldern in Höhe von 23 Mio. EUR zwischen 2014 und 2020) sollen die Kapazitäten der tunesischen Behörden in den Bereichen Grenzüberwachung und Verhinderung irregulärer Migration stärken. Sie erleichtern auch die Koordination zwischen den verschiedenen nationalen und internationalen Akteuren, die für den Grenzschutz zuständig sind. Bisher haben sich die tunesischen Behörden jedoch offiziell geweigert, mit Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, zusammenzuarbeiten.

Deutschland ist in diesem Bereich besonders aktiv und stellt Ausrüstung wie Schnell- und Rettungsboote, Fahrzeuge oder Lichtmasten zur Verfügung. Tunesien ist eines der Schwerpunktländer der „Ertüchtigungsinitiative“ des Bundesministeriums der Verteidigung. In Tunesien zielt diese Initiative auf die Stärkung der militärischen und polizeilichen Strukturen durch Ausbildung und Ausrüstung sowie auf die Bekämpfung der „illegalen Migration“ ab. Von 2016 bis 2021 sind im Rahmen dieser Initiative 103 Mio. EUR nach Tunesien geflossen. Das Geld wurde unter anderem für den Aufbau eines sensorbasierten mobilen Grenzsicherungssystems an der libyschen Grenze verwendet.

EUTF-Mittel für Tunesien nach Priorität



EUTF 2022

(2) Ein zweiter Bereich der Zusammenarbeit betrifft die Unterstützung der tunesischen Behörden bei der **Entwicklung und Institutionalisierung eines nationalen Systems für Asyl und internationalen Schutz**. In diesem Zusammen-

hang hat die EU Tunesien bei der Vorbereitung ihrer NMS fachlich begleitet und die Einrichtung eines nationalen Asylsystems mit insgesamt 18,5 Mio. EUR aus dem EUTF bezuschusst. Darüber hinaus unterstützt sie die Integration von Migrant*innen und Asylbewerber*innen in Tunesien über das regionale Entwicklungs- und Schutzprogramm für Nordafrika (RDPP) mit 4,5 Mio. EUR. In Erwartung der Institutionalisierung eines wirksamen nationalen Asylsystems leistet die EU auch direkte finanzielle Unterstützung für den UNHCR und für NGOs, um den Zugang zu Rechten, Bildung und sozialen Diensten für Geflüchtete und Asylbewerber*innen im Land zu gewährleisten.

(3) Rückführung und Rückübernahme sind eine weitere Priorität für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Unter anderem Italien, Belgien, Deutschland und Frankreich haben bilaterale Rückübernahmeabkommen ausgehandelt. Seit 2015 unterstützt die EU die sozioökonomische Reintegration von Rückkehrer*innen und die Einrichtung eines speziellen Mechanismus unter tunesischer Leitung mit 2,5 Mio. EUR aus dem EUTF. Darüber hinaus eröffnete die GIZ 2017 ein deutsch-tunesisches Zentrum für Arbeit, Migration und Reintegration in Tunis, das sich auf die Unterstützung der Reintegration konzentriert. Bis Juli 2021 führte die GIZ 830 Beratungsgespräche mit Rückkehrer*innen aus Deutschland, die zu 130 meist befristeten Arbeitsverträgen führten. Was die Rückkehr von Migrant*innen aus Tunesien in ihre Herkunftsländer anbelangt, so finanziert die EU ein Programm zur freiwilligen Rückkehr und Reintegration (AVRR), das von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) seit 2011 durchgeführt wird.

(4) Bis zu einem gewissen Grad fördert die EU auch legale Möglichkeiten für Tunesier*innen, nach Europa einzureisen. Im Rahmen des EUTF wurde Tunesien zu einem der begünstigten Länder des Programms „Towards a Holistic Approach to Labour Migration Governance and Labour Mobility in North Africa“, (THAMM). 12,5 Mio. EUR wurden in Tunesien ausgegeben, um die Regulierung der Arbeitsmigration zu unterstützen und Mobilitätsprogramme auszuweiten, die es Arbeitnehmer*innen ermöglichen sollen, in Europa zu arbeiten. In diesem Zusammenhang führt die GIZ ein Pilotprojekt durch, mithilfe dessen jungen Tunesier*innen eine Berufsausbildung und langfristige Arbeitsplätze in Deutschland vermittelt werden soll.

Am 16. Juli 2023 wurde die bestehende Zusammenarbeit durch eine **Absichtserklärung** zwischen Tunesien und der EU ausgeweitet. Sie befasst sich mit verschiedenen Themen, wobei die Steuerung irregulärer Migration im Mittelpunkt steht. Im Rahmen der informellen Vereinbarung stellt die EU Tunesien 105 Mio. EUR zur Verfügung. Die Mittel werden weiterhin den oben genannten thematischen Prioritäten zugewiesen. Vorgesehen ist eine finanzielle Unterstützung zur besseren Verwaltung der tunesischen Grenzen durch Beschaffung, Ausbildung von Grenzschutzbeamten*innen und fachlicher Begleitung (Priorität 1). Darüber hinaus soll die Rückübernahme tunesischer Staatsangehöriger aus der EU ausgebaut, und vor allem irreguläre Migrant*innen aus Tunesien in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden (Priorität 3). Die Absichtserklärung erwähnt auch die Ausweitung legaler Wege für tunesische Staatsangehörige in die EU (Priorität 4).



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besucht den tunesischen Präsidenten Kais Saied im Juni 2023.

04 Auswirkungen der Migrationspartnerschaft auf Tunesien

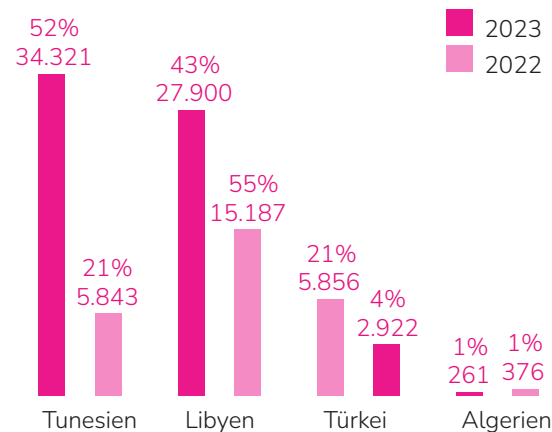
2014 schlossen die EU sowie zehn Mitgliedsstaaten eine „Mobilitätspartnerschaft“ mit Tunesien. Der Schwerpunkt ihrer Umsetzung lag bisher allerdings vor allem darauf, Mobilität einzugrenzen, anstatt sie zu ermöglichen. Einige der Projekte, die im Rahmen der Partnerschaft umgesetzt werden, sind im politischen Interesse Tunesiens (z. B. die Ermöglichung von Mobilität für in der Diaspora lebende Tunesier*innen oder Programme für legale Migration). Bei anderen Themen stehen europäische Prioritäten, wie die Reduzierung irregulärer Migration und die Rückführung von Tunesier*innen und Drittstaatsangehörigen, jedoch im Widerspruch mit tunesischen Interessen. In beiden Fällen hat die fortdauernde, umstrittene Zusammenarbeit Auswirkungen auf Migrant*innen und Geflüchtete vor Ort, die politische Situation innerhalb Tunesiens, sowie das Verhältnis zu Europa.

Auswirkungen auf Migrationsbewegungen und Migrant*innen

Angesichts der Tatsache, dass die Zahl irregulärer Ankünfte von Tunesien nach Italien in den letzten Jahren gestiegen ist, bleibt der Nutzen bisheriger Grenzschutzprojekte zur Eindämmung irregulärer Migration mindestens fraglich. Die Verstärkung von Grenzkontrollen beeinflussen hingegen sehr wohl die genutzten Migrationsrouten. In der Folge wird die Migration nach Europa ein teureres, gefährlicheres und tödlicheres Unterfangen für Tunesier*innen und Geflüchtete. NGOs wie das Tunesische Forum für Wirtschaftliche und Soziale Rechte (FTDES) haben wiederholt schwere Verletzungen der Menschenrechte von Migrant*innen durch tunesische Sicherheitskräfte angeprangert, beispielsweise in Form illegaler Pushbacks auf See oder in der Wüste. Auch für die wachsende Zahl von Migrant*innen aus West- und Zentralafrika hat sich die Lage im Land verschärft: Sie sind gezwungen, unter prekären Bedingungen, ohne rechtlichen oder sozialen Schutz in Tunesien auszuharren. Immer wieder protestieren Geflüchtete und Asylsuchende vor der örtlichen UNHCR-Geschäftsstelle gegen menschenunwürdige Lebensbedingungen.

Ankünfte in Italien nach Ausreiseland

Januar 2022 bis Juni 2023



UNHCR 2023; Anzahl von Personen und prozentualer Anteil aller Ankommenden

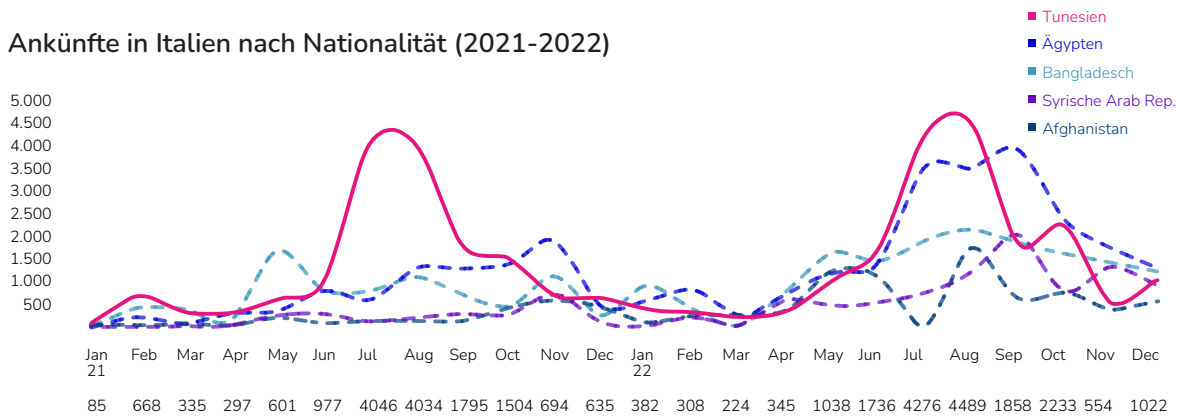
Auswirkungen auf den Flüchtlingsschutz

Tunesische Behörden fürchten seit langem, von der EU als sicherer Drittstaat eingestuft zu werden, in den Drittstaatsangehörige, die Tunesien durchqueren, rechtmäßig (ohne Prüfung ihrer Asylanträge) zurückgeführt werden könnten. Schon seit Anfang der 2000er Jahre diskutiert die EU Pläne für die Einrichtung von „regionalen Schutzzonen“, „Erstaufnahmeeinrichtungen“ oder einfach „Migrationszentren“ in Tunesien.

Die Auslagerung eigener Schutzverantwortung nach Tunesien ist Teil des imaginären Repertoires europäischer Migrationspolitik.

Diese anhaltenden Bestrebungen der EU führen dazu, dass Tunesien zögert, die notwendigen Schritte umzusetzen, um ein sicherer Drittstaat zu werden. Bisher verweigert Tunesien es, ein umfassendes Asylsystem einzurichten, Asylverfahren für die EU zu übernehmen, oder Aufnahmezentren auf seinem Staatsgebiet einzurichten wie von der EU vorgeschlagen. Erneute Überlegungen, die eigene Schutzverantwortung nach Tunesien auszulagern, scheinen demnach weiter denn je davon entfernt, eine realistische Lösung zu sein, um weitere Tote im Mittelmeer zu verhindern.

Ankünfte in Italien nach Nationalität (2021-2022)



UNHCR 2023

Auswirkungen auf legale Migrationswege

Trotz mehrfacher Versprechen, Programme zur Erwerbsmigration einzurichten oder auszubauen, hat die EU es bisher versäumt, legale Migrationswege in größerem Umfang zu schaffen. Gleichzeitig fordern Expert*innen seit längerer Zeit, bestimmte vulnerable Sektoren des tunesischen Arbeitsmarktes zu schützen. Ein selektives Abwerben tunesischer Ärzt*innen und Pflegekräfte könnte beispielsweise zu einem sogenannten „Braindrain“ führen und dem tunesischen Gesundheitswesen schaden.

Auswirkungen auf das politische System

Schließlich hat die Zusammenarbeit mit der EU in Migrationsangelegenheiten auch Auswirkungen auf die politische Landschaft in Tunesien und auf innenpolitische Machtverhältnisse. Durch die Priorisierung der Zusammenarbeit bei Sicherheitsprojekten stärkt die EU die Position des Innenministeriums gegenüber anderen Ministerien. Als verantwortliche Stelle der tunesischen Sicherheitskräfte steht

das Innenministerium den allermeisten potentiellen Empfängern von EU-Mitteln und Trainings vor. So profitiert es von der Stärkung und Ausrüstung des Sicherheitsapparats. Zudem unterstützt die EU autoritäre Tendenzen in der tunesischen Staatspolitik, indem sie eng mit tunesischen Sicherheitsakteuren und Präsident Saied kooperiert. Das ist umso besorgniserregender, da die Unterdrückung von Oppositionsparteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Journalist*innen, unabhängigen Anwalt*innen und Richter*innen in Tunesien zur Normalität zu werden droht. Angesichts Präsident Saieds zunehmender Missachtung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stellt sich die Frage, wie eine zukünftige Zusammenarbeit im Bereich Migration aussehen könnte, die diese Prinzipien respektiert. Derzeit scheint es, als wären die EU und ihre Mitgliedsstaaten bereit, jegliche Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten über Bord zu werfen, um der irregulären Migration nach Europa entgegen zu wirken. Diese Strategie könnte sich allerdings als kontraproduktiv erweisen, da der autoritäre Trend immer mehr Tunesier*innen dazu veranlasst, selbst das Land zu verlassen.



Libysch-tunesische Grenze bei Tataouine im Jahr 2020.

INTERVIEW

mit Romdhane Ben Amor

Sprecher des Tunesischen Forums für Wirtschaftliche und Soziale Rechte (FTDES), eine der NGOs, die sich am stärksten für die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten in Tunesien einsetzen.



»Tunesien verwandelt sich in eine einzige große Abschiebeplattform.«

Was ist die Strategie der tunesischen Regierung in Bezug auf die Migrationspartnerschaft mit der EU?

Es gibt keine richtige Migrations- oder Verhandlungsstrategie gegenüber der EU. Für die Regierung ist es Standard, in Verhandlungen auf EU-Texte zu verweisen, die lediglich europäische Forderungen aufzählen. Das ist genau das, was gerade passiert. Außerdem hat in den letzten Jahren der Druck auf Tunesien zugenommen. Es kamen häufig EU-Delegationen zu Besuch. Kais Saied, der Präsident Tunesiens, versucht sowohl politisch als auch wirtschaftlich Vorteile aus diesen Besuchen zu schlagen.

Europa fordert seit Jahren Ausschiffungsplattformen in Tunesien. Wie denkt man in Tunesien darüber?

*Die offizielle Linie ist, dass wir nicht Europas Küstenwache sind und Ausschiffungszentren oder die Aufnahme von Migrant*innen und Geflüchteten ablehnen. Aber diese Rhetorik steht im Widerspruch zur Praxis. Unter dem derzeitigen Präsidenten verwandelt sich ganz Tunesien in eine einzige große Abschiebeplattform. Tunesien hat indirekt die Rolle des Drehkreuzes im zentralen Mittelmeerraum angenommen.*

Ist Tunesien ein sicheres Land für Migrant*innen?

*Es gibt regelmäßig Berichte von verschiedenen Organisationen der UN, der EU oder der Zivilgesellschaft über die verfallende Rechtsstaatlichkeit in Tunesien. Wir bei FTDES glauben, dass Tunesien unter Kais Saied kein sicheres Land mehr ist – weder für Migrant*innen noch für Tunesier*innen. Politische Oppositionelle und alle anderen, die sich kritisch über die Regierung äußern, befinden sich in einer katastrophalen Lage.*

Wie hat sich die öffentliche Debatte zu Migration in den letzten Jahren verändert?

*Rassistisches Gedankengut gab es schon immer. Aber das Erstarken der Nationalistischen Partei Tunesiens war der Auslöser für die Verbreitung extrem rassistischer Ressentiments gegen Migrant*innen. Die Partei behauptet zum Beispiel, dass die Anwesenheit von Migrant*innen Teil einer Verschwörung mit dem Ziel eines Bevölkerungsaustausches sei. Dieses Narrativ wurde vom Präsidenten und den Regionalverwaltungen übernommen. Der Staat führte alte, diskriminierende Gesetze wieder ein, die es Migrant*innen ohne Papiere nicht erlauben, zu arbeiten oder eine Wohnung zu mieten. Saieds Anti-Migrations-Rede im Februar 2023 ermutigte rassistische Gruppierungen schließlich, zur Tat zu schreiten. Migrant*innen wurden physisch und verbal angegriffen, vergewaltigt, gefeuert oder aus ihren Wohnungen vertrieben. Diese Situation hat viele Migrant*innen dazu veranlasst, aus Tunesien zu fliehen. Im April 2023 wurden 380 Tote an der tunesischen Küste angespült – in nur einem Monat. Warum? Weil die Schlepper von dieser Atmosphäre voller Angst und Terror profitierten.*

Immer mehr Tunesier*innen verlassen das Land. Warum?

Lange Zeit war Migration hier von wirtschaftlichen und sozialen Faktoren bestimmt. Jetzt spielen auch politische Aspekte immer häufiger eine Rolle – beispielsweise die mangelnde Rechtsstaatlichkeit oder der schlechte Zustand öffentlicher Dienstleistungen. Früher haben Eltern an ihr Land und an sozialen Aufstieg durch Bildung geglaubt. Daher ermutigten sie ihre Kinder zu bleiben. Doch heute sind viele Familien mutlos; sie unterstützen ihre Kinder bei der Auswanderung oder begleiten sie sogar.

05 Erkenntnisse & Empfehlungen

Die aktuelle Migrationspartnerschaft mit Tunesien

- 01 *führt weder dazu, dass weniger Menschen das Mittelmeer überqueren, noch dass weniger Menschen dabei sterben.*
- 02 *hat bisher keine ernst zu nehmenden legalen Migrationswege nach Europa geschaffen.*
- 03 *verbessert die wirtschaftliche und politische Lage von Migrant*innen und Rückkehrer*innen nicht ausreichend, um Anreize für sie zu schaffen, in Tunesien zu bleiben.*
- 04 *fokussiert sich zu sehr auf das eindimensionale Konzept der Auswanderung nach Europa und unterläuft dabei bestehende Formen der zirkulären Migration innerhalb der Region und darüber hinaus.*
- 05 *stärkt das Handlungsvermögen zunehmend autoritärer Akteure in der tunesischen Politik.*

Die zukünftige Migrationspartnerschaft mit Tunesien

- 01 *sollte aufhören, tunesische Sicherheitskräfte weiter aufzurüsten, da dies zu schweren Menschenrechtsverletzungen von Migrant*innen führen könnte und angesichts der instabilen politischen Situation im Land gefährlich ist.*
- 02 *sollte die rechtliche, soziale und materielle Unterstützung von Geflüchteten und Migrant*innen sicherstellen und Resettlement-Möglichkeiten bieten.*
- 03 *sollte so transparent wie möglich sein und Übereinkünfte öffentlich einsehbar machen.*
- 04 *sollte legale Migrationswege ausbauen und Visumsanträge tunesischer Staatsbürger*innen sowie Geflüchteter aus Drittstaaten ermöglichen.*
- 05 *sollte die tunesische Sorge vor einem „Braindrain“ ernst nehmen – insbesondere in Bezug auf das Gesundheitswesen.*

Autoren: Fatma Raach (Ph.D.),
Dr. Inken Bartels

Editors: Dr. Andreas Grünewald (Brot für die Welt),
Jonas Wipfler, Lucas Rasche (Misereor)

Photos: picture alliance
Romdahne Ben Amor (p. 7)

Layout: Andreas König

Herausgeber: **Brot für die Welt**
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Str. 1
10111 Berlin

Brot
für die Welt

Misereor
Mozartstraße 9
D-52064 Aachen

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

Berlin/Aachen, Dezember 2023